



MATERIAL 2

Geschichte der Menschenrechte

Der Kyros-Zylinder (539 v. Chr.)

Im Jahr 539 v. Chr. eroberte Kyros der Große, der erste König Persiens (des heutigen Iran), die antike Stadt Babylon (im heutigen Irak). Die Erlasse Kyros des Großen, die auf einem bis heute erhaltenen Zylinder aufgezeichnet wurden, sind von großer Bedeutung für die Menschheit und wurden als erste Charta der Menschenrechte anerkannt. Unter anderem befreite Kyros der Große die Sklaven, erklärte, dass alle Menschen das Recht haben, ihre eigene Religion zu wählen, und stellte Rassengleichheit her.

Die Magna Carta (1215)

Nachdem König Johann von England gegen eine Reihe alter Gesetze und Bräuche verstoßen hatte, nach denen England regiert wurde, brachten ihn einige seiner Untertanen im Jahr 1215 dazu, die Magna Carta zu unterzeichnen. Sie zwang ihn zur Gewährung bestimmter Rechte. Dazu gehörte das Recht der Kirche, frei von Einmischung durch die Regierung zu sein, und die Rechte aller freien Bürger, Eigentum zu besitzen und zu erben und vor übermäßigen Steuern geschützt zu werden. Sie führte das Recht von Witwen ein, nicht noch einmal zu heiraten, sowie die Grundsätze eines ordentlichen Gerichtsverfahrens und der Gleichheit vor dem Gesetz. Sie enthielt auch Bestimmungen, die Bestechung und Amtsverletzung verbieten.

Die „Petition of Right“ (1628)

Die „Petition of Right“ (Bittschrift um Herstellung des Rechts) wurde 1628 vom englischen Parlament formuliert und König Karl I. als Erklärung der bürgerlichen Freiheiten übergeben. Eine Ablehnung der Finanzierung der unpopulären Außenpolitik des Königs durch das Parlament hatte seine Regierung dazu veranlasst, als Sparmaßnahme Zwangsanleihen zu fordern und Soldaten in den Häusern der Untertanen einzuquartieren. Willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen für die Ablehnung dieser Maßnahmen führten im Parlament zu heftiger Feindseligkeit gegenüber dem König. In der „Petition of Right“, die von Sir Edward Coke angeregt worden war, wurden vier Grundsätze geltend gemacht: 1) Ohne Zustimmung des Parlaments dürfen keine Steuern erhoben werden, 2) kein Untertan darf ohne erwiesenen Grund inhaftiert werden, 3) es dürfen keine Soldaten bei der Bürgerschaft einquartiert werden, und 4) das Kriegsrecht darf in Friedenszeiten nicht angewandt werden.



Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika (1776)

1776 verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten die Unabhängigkeitserklärung, die der formellen Legitimation für die Unabhängigkeit von Großbritannien diente. In der Erklärung werden zwei Themen hervorgehoben: Individuelle Rechte und das Revolutionsrecht. Diese Vorstellungen wurden vom amerikanischen Volk weithin übernommen und auch international verbreitet. Insbesondere wurde die Französische Revolution von diesen Ideen beeinflusst.

Die „Bill of Rights“ (1791)

Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Jahr 1787 geschrieben. Die ersten zehn Zusatzartikel – die Bill of Rights – traten am 15. Dezember 1791 in Kraft und begrenzten die Machtbefugnis der Bundesregierung der USA. Außerdem schützten sie die Rechte aller Bürger, Einwohner und Besucher auf amerikanischem Gebiet. Die Bill of Rights schützen das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Religionsfreiheit, das Recht auf den Besitz und das Tragen von Waffen, die Versammlungsfreiheit und das Petitionsrecht. Sie verbieten außerdem unangemessene Durchsuchung und Beschlagnahmung, grausame und außergewöhnliche Bestrafung und erzwungene Selbstbezeichnung. Zu dem rechtlichen Schutz, den sie gewähren, gehört auch, dass die Bundesregierung einer Person nicht Leben, Freiheit oder Eigentum ohne ordentliches Gerichtsverfahren entziehen darf. Bei Straftaten nach Bundesrecht verlangt sie für jedes Kapitalverbrechen oder jedes schändliche Verbrechen die Anklageerhebung durch eine Anklagejury, garantiert ein schnelles öffentliches Gerichtsverfahren mit einer unparteiischen Jury in dem Bezirk, in dem das Verbrechen begangen wurde, und verbietet Doppelbestrafung.

Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789)

Mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte sollte die traditionelle Erbmonarchie abgeschafft und durch neue Institutionen ersetzt werden. Die Erklärung ist vom Gedankengut der Aufklärung geprägt, einer philosophischen Bewegung des 18. Jahrhunderts. Im Jahr 1789 führte das französische Volk die Abschaffung der absoluten Monarchie herbei und schuf die Voraussetzungen für die Errichtung der ersten französischen Republik. Kurz darauf wurde die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte verabschiedet. In ihr wird verkündet, dass allen Bürgern die Rechte „Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung“ zugesichert werden. Die Notwendigkeit von Gesetzen lässt sich in den Worten der Verfasser aus der Tatsache ableiten, dass “[...] die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen nur die Grenzen [hat], die den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuß der gleichen Rechte sichern“. Somit sieht die Erklärung das Gesetz als einen „Ausdruck des allgemeinen Willens“ an, das dazu dient, diese Gleichheit an Rechten zu fördern. „Nur das Gesetz hat das Recht, Handlungen, die der Gesellschaft schädlich sind, zu verbieten“. In der Erklärung wurde von einer Freiheit gesprochen, die für Religionsfreiheit, Pressefreiheit und Freiheit von unangemessenem Regieren (z.B. Folter oder Zensur) stand.



Die erste Genfer Konvention (1864)

Im Jahr 1864 nahmen 16 europäische Staaten und mehrere amerikanische Staaten auf Einladung des Schweizer Bundesrates und auf Initiative des Genfer Komitees an einer Konferenz in Genf teil. Die diplomatische Konferenz wurde zum Zweck der Verabschiedung einer Konvention zur Behandlung von im Krieg verwundeten Soldaten abgehalten. Die wesentlichen in der Konvention festgeschriebenen Grundsätze, die in den späteren Genfer Konventionen bekräftigt wurden, sahen die Verpflichtung vor, die verwundeten und kranken Militärangehörigen ohne Diskriminierung zu versorgen sowie Transporte und Ausrüstung von Krankenpersonal mit dem unverwechselbaren Zeichen des Roten Kreuzes auf weißem Grund zu kennzeichnen und sie zu schonen.

Die Vereinten Nationen (1945)

Als das Ende des Zweiten Weltkrieges näher rückte, lagen überall in Europa und Asien Städte in Schutt und Asche. Millionen von Menschen waren ums Leben gekommen, weitere Millionen waren heimatlos oder litten Hunger. Im April 1945 trafen sich Delegierte aus fünfzig Ländern voller Optimismus und Hoffnung in San Francisco. Das Ziel der Konferenz der Vereinten Nationen war es, ein internationales Gremium ins Leben zu rufen, das Frieden fördert und künftige Kriege verhindert. Die Ideale der Organisation wurden in der Präambel ihrer vorgeschlagenen Charta genannt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, nachfolgende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der in unserem Leben zweimal unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat.“ Die Charta der neuen Organisation trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Der 24. Oktober wird jedes Jahr als Tag der Vereinten Nationen begangen.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (1953)

Die Europäische Menschenrechtskonvention trat 1953 in Kraft. Sie war das erste Rechtsinstrument, das bestimmten in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Rechten verbindliche Wirkung und Rechtskraft verlieh. Des Weiteren sieht sie eine Schutzeinrichtung mit Sitz in Straßburg vor, die mutmaßliche Verstöße untersuchen und sicherzustellen soll, dass die Vertragsstaaten ihre in der Konvention eingegangenen Verpflichtungen einhalten. 1959 wurde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eingerichtet. Jeder, der sich durch einen Vertragsstaat in einem der in der Menschenrechtskonvention garantierten Rechte verletzt sieht, kann vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagen. Die Urteile, in denen befunden wird, dass ein Verstoß begangen wurde, sind für die betroffenen Staaten bindend. Die Staaten sind verpflichtet, sie zu vollstrecken.

Quelle: *Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte*

<http://www.echr.coe.int/pages/home.aspx?p=basictexts>